

Aus der Redaktion

Liebe Mitglieder, FreundInnen und Partner,
im vierten Rundbrief 2013 informieren wir Sie über den aktuellen Stand der Kürzungsabsichten des Landes und das jährliche Treffen der Medizinischen Zentren. Lesen Sie auch ein Interview zur Prostitution anlässlich des Emma-Appells und geplanter Gesetzesänderungen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer – trotz der Jahreszeit – weniger besinnlichen aber hoffentlich spannenden Artikel. Anregungen und Rückmeldungen sind uns jederzeit willkommen.

Wir danken allen für die gute Zusammenarbeit wünschen Ihnen schöne und erholsame Feiertage und ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2014!

Herzliche Grüße

J. Kugelad

Geschäftsführerin



Landtag beschließt Kürzung der Schwangerenberatung

Am 12. Dezember 2013 hat die Landesregierung den Doppelhaushalt 2014/15 im Landtag mit der Mehrheit von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verabschiedet. Damit ist auch der Gesetzesentwurf zur Kürzung der Schwangerenberatungsstellen in Kraft.

Als Reaktion auf die durchgängig ablehnenden Stellungnahmen der Träger sind zuvor einige Punkte des Gesetzesentwurfs geändert worden. So heißt es wieder *mindestens* eine gesetzlich zu fördernden Schwangerenberatungsstelle pro 40.000 EinwohnerInnen. Auch der Vorschlag der pro familia, die Wirtschaftlichkeit über die Nachfrage zu erheben, wurde aufgenommen. Das ursprüngliche Kriterium – das Verhältnis von Sachkosten zu Personalkosten – soll jedoch erhalten bleiben, obwohl es große Träger mit Vermögen

und eigenen Immobilien begünstigt, bei denen die Schwangerenberatung nur ein kleiner Teil des Angebots ist.

Zahlenspiele

Die Aufnahme des Kriteriums »Nachfrage« hat dazu geführt, dass die kirchlichen Träger erstmals seit dem Ausstieg der katholischen Kirche wieder öffentlich über Zahlen gesprochen haben. Die letzte uns bekannte Statistik aller Träger zur Anzahl der Schwangerschaftskonfliktberatungen ist von 1998. In dem Jahr wurden von den insgesamt knapp 7.000 Schwangerschaftskonfliktberatungen in Rheinland-Pfalz 20 % bei katholischen Beratungsstellen, 24 % bei evangelischen Beratungsstellen und 56 % bei der pro familia durchgeführt, obwohl die pro familia damals nur sieben Beratungsstellen im Land hatte. Die Förderung erfolgte 1998 genau anders herum: Caritas und SKF bekamen 44 %, das Diakonische Werk 30 % und pro familia 26 % der Mittel.

In der ExpertInnenanhörung im Haushalts- und Finanzausschuss am 5. Dezember 2013 gab der Leiter des katholischen Büros, Dieter Scala, an, dass Caritas und SKF (33 % der Stellen) 8.000 Frauen mit bis zu vier Terminen beraten würden. Pfarrer Albrecht Bähr nannte für die evangelischen Beratungsstellen (34 % der Stellen) 6.000 Frauen jährlich. pro familia (25 % der Stellen) hat in 2012 8.500 Schwangerenberatungsgespräche durchgeführt. Darin enthalten sind Mehrfachberatungen, so dass die Anzahl der Personen niedriger liegt. Nicht darin enthalten sind die 5.200 Sexual- und Partnerschaftsberatungen und die 700 Rechtsinformationen sowie die 1.800 Veranstaltungen in der Sexualpädagogik der pro familia, über die allein 14.300 Personen erreicht wurden.

Die aktuell genannten Zahlen für die Schwangerenberatung bedeuten einen enormen Anstieg ratsuchender schwangerer Frauen seit 1998 bei allen Trägern. Es gab eine starke Zunahme der Nachfrage nach sozialrechtlicher Schwangerenberatungen und neue Aufgaben wie die Beratung zur Pränataldiagnostik. Dennoch bleibt dieser Anstieg erstaunlich. Denn sowohl die Anzahl der Geburten als auch die der Schwangerschaftsabbrüche sind seit 1998 aufgrund der demografischen Entwicklung um 21 bzw. 17 Prozent zurückgegangen.

Die angegebenen Zahlen sind allerdings mit großer Vorsicht zu genießen, da es keine einheitliche Erfassung gibt. Es ist unklar, was genau als eine Schwangerenberatung gezählt wird und wann es sich um Fälle oder um die Anzahl von Gesprächen handelt. Teilweise werden Frauen mitgezählt, die offene Angebote wie Cafés besuchen, und auf der anderen Seite werden schwangere Frauen nicht mitgezählt, bei denen z.B. ein Partnerschaftskonflikt im Vordergrund steht. Es ist daher für die

zukünftige Dokumentation der Nachfrage absolut notwendig, dass es eine einheitliche Statistik für alle Träger gibt.

Eines scheint jedoch mit Sicherheit klar: profa führt seit jeher – obwohl sie nur neun der insgesamt 94 Beratungsstellen trägt – mit Abstand die meisten Schwangerschaftskonfliktberatungen durch – je nach regionaler Erreichbarkeit zwischen 70 bis über 90 Prozent. Außerdem bietet sie die meisten Präventionsveranstaltungen für Jugendliche an – in der Regel für Mädchen und Jungen mit weiblichen und männlichen Sexualpädagogen.

Wie geht es weiter?

Nach der Verabschiedung des Landeshaushalts mit dem Landesgesetz zur Kürzung der Schwangerenberatung, muss das Ministerium jetzt eine entsprechende Förderverordnung erlassen. In ihr wird dann festgelegt, welche Schwangerenberatungsstellen wie gefördert bzw. gekürzt werden.

Im Moment bleibt somit weiter unklar, wie viele Stellen insgesamt eingespart werden sollen und welche Träger und Beratungsstellen wie stark davon betroffen sein werden. Dadurch, dass jetzt wieder von *mindestens* 1:40.000 Fachpersonalstellen die Rede ist, könnten es maximal 16 volle Stellen sein – oder auch weniger. Es ist zu befürchten, dass ein oder mehrere Träger klagen werden und es sich eine ganze Weile hinziehen wird, bis es wieder Klarheit und Planungssicherheit für Träger, MitarbeiterInnen und Ratsuchende geben wird.

In der ExpertInnenanhörung im Haushalts- und Finanzausschuss haben sowohl der Vertreter der katholischen als auch der der evangelischen Träger deutlich gesagt, dass die Schwangerenberatung bei ihnen in jedem Fall das Ziel hat, dass die Frau das Kind bekommt. Frauen und Paare, die sich in einem Schwangerschaftskonflikt eine tatsächlich ergebnisoffene Beratung wünschen und die möchten, dass gegebenenfalls ihre Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch respektiert wird, können dies somit nur in den neun profa-Beratungsstellen erwarten. Wenn hier – obwohl sie gegenüber den 85 kirchlichen Beratungsstellen schon deutlich unterrepräsentiert sind – gespart wird, wird es besonders für Frauen auf dem Land sehr aufwändig bis unmöglich werden, eine religionsübergreifende, weltanschaulich unabhängige und tatsächlich ergebnisoffene Beratung in der Nähe ihres Wohnortes zu bekommen – so wie es das Schwangerschaftskonfliktgesetz vorsieht.

Wir hoffen daher sehr darauf, dass wir unser Angebot nicht einschränken müssen. Da die Schwangerenberatung unsere Hauptaufgabe ist, wäre vor allem die Prävention ungewollter Schwangerschaften, sexuell übertragbarer Infektionen und von sexualisierter Gewalt in Gefahr. Aber gerade die Nachfrage nach sexualpädagogischen Veranstaltungen für Jugendliche mit und ohne Behinde-

rung, nach Fortbildungen für ErzieherInnen und LehrerInnen und nach Elternabenden über frühkindliche Sexualerziehung, die Pubertät oder den Umgang von Jugendlichen mit sexuellen Inhalten in den neuen Medien ist bereits schon jetzt viel größer als wir mit den vorhandenen Ressourcen erfüllen können.



Prostitution – selbstbestimmte Sexarbeit oder Ausbeutung?

In dem von Alice Schwarzer herausgegebenen Sammelband *Prostitution – Ein deutscher Skandal. Wie konnten wir zum Paradies für Frauenhändler werden? (Kiwi)* heißt es: „In Ländern wie Schweden oder Frankreich redet man im Zusammenhang mit Prostitution von der Menschenwürde der Frauen – und Männer. Und bekämpft die internationale Frauenhandels-Mafia. Nur in Deutschland wird der Verkauf von Körper und Seele verschleiend »Sexarbeit« genannt und gilt die Prostitution als ein »Beruf wie jeder andere« – und nur in Deutschland öffnete eine rot-grüne Gesetzesänderung 2002 den Frauenhändlern Tür und Tor.“

In einem in der Emma veröffentlichten Appell an den Bundestag, den zahlreiche PolitikerInnen und Prominente unterzeichnet haben, fordert Schwarzer eine Verschärfung der Prostitutionsgesetze. Sie vergleicht Prostitution mit der Sklaverei und klagt Deutschland an, diese zu tolerieren und mit der Reform des Prostitutionsgesetzes zu fördern. Deutschland sei seitdem „Europas Drehscheibe für Frauenhandel“ und zum „Paradies für Sextouristen aus den Nachbarländern“ geworden. Prostitution und Frauenhandel seien untrennbar miteinander verbunden. „Das System Prostitution ist Ausbeutung und zugleich Fortschreibung der traditionell gewachsenen Ungleichheit zwischen Männern und Frauen ..., degradiert Frauen zum käuflichen Geschlecht und überschattet die Gleichheit der Geschlechter. Das System Prostitution brutalisiert das Begehren und verletzt die Menschenwürde von Männern und Frauen – auch die der sogenannten »freiwilligen« Prostituierten.“ Schwarzer hält eine Welt ohne Prostitution für möglich. Die Abschaf-

fung der Sklaverei habe schließlich auch lange als utopisch gegolten. Die große Koalition plant jetzt tatsächlich die Prostitutionsgesetze zu verschärfen.

Inzwischen gibt es viele kritische Reaktionen auf Schwarzers Behauptungen, die auf keiner nachweisbaren Grundlage beruhen, und ihre Schlussfolgerungen. Für unseren Rundbrief interviewen wir Harriet Langanke, Fachjournalistin für sexuelle Gesundheit und Gründerin und Geschäftsführerin der Gemeinnützigen Stiftung Sexualität und Gesundheit (GSSG). Harriet Langanke forscht an der Universität Malmö im Bereich Prostitution und war wissenschaftliche Leiterin des bundesweiten Fachtags »Forschung zur Sexarbeit« im November in Köln.



Interview mit Harriet Langanke Fachjournalistin

? Die Prostituierten, die sich im »Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen« engagieren, sind gegen den Appell von Alice Schwarzer. Ist es denn nicht auch in

ihrem Interesse, wenn die negativen Auswüchse der Prostitution bekämpft werden?

Der Verband stellt sich in seinen Publikationen klar gegen Verbrechen wie Menschenhandel oder sexuelle Ausbeutung. Genauso klar stellt er sich auch gegen die Verallgemeinerung Schwarzers, Prostitution sei per se verbrecherisch. Leider kommt es in der Diskussion immer wieder zu einer nicht sachgerechten Vermischung von Themen. Menschenhandel und Ausbeutung manifestieren sich ja auch in der Gastronomie oder auf Baustellen, ohne dass wir von Auswüchsen des Gast- oder Baugewerbes sprächen. Wir sollten auch Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Zudem bestimmen persönliche Emotionen und Vorstellungen von Moral, Sexualität oder dem Geschlechterverhältnis beim Wirtschaftszweig Prostitution allzu oft unsere Haltung. Mehr gesicherte Fakten, mehr wirkliches Wissen über die Sexarbeit wären nicht nur sachgerechter, sondern würden auch helfen, die „Auswüchse“ besser einzuschätzen und ihnen wirksam zu begegnen. Dazu müssten wir aber vor allem über Armut sprechen oder über den mangelnden Zugang zu Ressourcen wie Bildung.

? Viele Menschen können sich nicht vorstellen, dass Frauen und Männer den Beruf SexarbeiterIn freiwillig ausüben. Sind es nicht doch immer Zwangslagen – auch wirtschaftliche –, die Menschen in die Prostitution bringen?

Wer eine bestimmte Arbeit oder Dienstleistung für sich ablehnt, sollte auch nicht gezwungen sein, sie zu übernehmen. Das gilt für Sexarbeit genauso wie für die moralisch weniger belastete Arbeit in

der Verwaltung oder in einer Fabrik. Dennoch ist es für die meisten Menschen wirtschaftlich notwendig, einer Arbeit nachzugehen. Inwiefern das als Zwang empfunden wird, ist individuell sehr verschieden und hängt sicher auch davon ab, welche Wahlfreiheit der oder die Einzelne hat. Wer zum Beispiel seinen Drogenkonsum mit Sexarbeit finanziert, sieht oft wenig andere Möglichkeiten. Dennoch sollten wir diejenigen, die sexuelle Dienste nicht aus Berufung oder Selbstverwirklichung erbringen, nicht noch zu Opfern stigmatisieren. Besser wäre, ihnen lohnende Alternativen anzubieten.

? Gibt es für die Prostituierten, die den Beruf wechseln möchten, genug Unterstützung?

Das ermittelt gerade das Bundesmodellprojekt »Unterstützung des Ausstiegs aus der Prostitution«, in dessen wissenschaftlichen Beirat ich mitarbeite. Erste Ergebnisse sollen 2014 veröffentlicht werden. Schon jetzt wissen wir: Die Angebote müssen die sehr unterschiedlichen Voraussetzungen der jeweiligen Frauen und Männer berücksichtigen. Welche formalen Qualifikationen haben sie? Welche Ziele streben sie an? Können sie legal in Deutschland arbeiten oder wollen sie in ihr Heimatland zurück? Hilfreich ist es in jedem Fall, ihre in der Sexarbeit erworbenen Fähigkeiten anzuerkennen.

? Was spricht gegen das Schwedische Modell, Prostitution zu verbieten, aber nur die Freier zu bestrafen?

Das Verbot hat in Schweden vor allem die Sichtbarkeit von Sexarbeit reduziert. Diese Fassadenkosmetik war auch ein erklärtes Ziel, weil die schwedische Politik Sexarbeit gesellschaftlich ächten will. Anders als bei uns, wo wir die Freiheit des Individuums hoch achten, setzt die schwedische Gesellschaft viel stärker auf staatliche Fürsorge, manche nennen das auch »kommunitären Staatsfeminismus«. Verschwunden ist die Sexarbeit in Schweden trotzdem nicht, sie findet nur eher im Verborgenen statt. Für die Prostituierten, die nun im Untergrund arbeiten müssen, sind das schlechte und sehr unsichere Arbeitsbedingungen.

? Die meisten Zuhälter und die meisten Kunden von Sexarbeit sind Männer. Viele Feministinnen lehnen Prostitution wegen des Machtgefälles zwischen den Männern und Frauen dort ab. Kann Prostitution wirklich eine Form selbstbestimmter Arbeit sein?

Macht in der Gesellschaft und Macht in der Sexualität, auch in der bezahlten Sexualität, folgen nicht automatisch denselben Strukturen. Die aktuelle Forschung gerade zu den Kunden von SexarbeiterInnen, also zu Freiern, zeigt ein sehr differenziertes Bild. Wenn man weiß, wie viele Männer sich partnerschaftlichen »Girlfriend-Sex« wünschen – je nach Studie sind das sogar die meisten – oder zu den teuren Dominas gehen, um sich machtlos zu erleben, dann geht es in der Prostitution eben nicht so einfach um eine Reproduktion gesell-

schaftlicher Machtgefälle. Tatsächlich liefert der jüngst gegründete Berufsverband viele Beispiele für selbstbestimmtes Arbeiten von Feministinnen in der Prostitution. Und es gibt auch Kundinnen, die, ganz feministisch, sexuelle Dienste für sich fordern und in Anspruch nehmen.

? Was müsste sich im Interesse der SexarbeiterInnen ändern, damit sie gute Arbeitsbedingungen haben?

Ganz wichtig sind rechtliche Sicherheit und gesellschaftliche Anerkennung. Wer sich für Sexarbeit entscheidet, braucht Zugang zu Informationen, zu sexueller Bildung und zu gesundheitlicher Versorgung. Bildung und Wissen sind auch in der Sexarbeit der Schlüssel zu Selbststimmung und ein Schutz vor Ausbeutung. Statt einer abhängigen Beschäftigung wünschen sich viele SexarbeiterInnen, als FreiberuflerInnen anerkannt zu werden. Nicht zuletzt spielt das Vertrauen zu den Behörden eine wichtige Rolle. Aus dem öffentlichen Gesundheitsdienst und auch aus der Zusammenarbeit mit der Polizei wissen wir: Kontrollzwänge sind dabei weit weniger nützlich als gut zugängliche und passgenaue Angebote.

Frau Langanke, vielen Dank für das Gespräch.



© dpa

Pille danach: Bundesrat beschließt Rezeptfreiheit

Am 8. November entschied der Bundesrat, dass Frauen die Pille danach ab dem 1. Mai 2014 ohne Rezept erhalten können. So sollen sie die Möglichkeit haben, sich nach Verhütungspannen einfacher und schneller vor ungewollten Schwangerschaften zu schützen.

Die Pille danach mit dem Wirkstoff Levonorgestrel (*PiDaNa*®) soll laut Bundesratsbeschluss nur in Apotheken abgegeben werden dürfen, eine Beratung durch die ApothekerInnen soll Pflicht sein. Die Pille danach mit dem Wirkstoff Ulipristal (*Ella-one*®), die länger wirksam ist aber deren Einfluss auf eine bereits bestehende Schwangerschaft weniger erforscht ist, soll rezeptpflichtig bleiben.

Die Berufsverbände der FrauenärztInnen lehnen die rezeptfreie Abgabe – trotz der guten Erfahrungen in 28 europäischen und 51 weiteren Ländern – weiterhin ab. *"Wir hoffen, dass die Einführung der Rezeptfreiheit nicht zu einer Verschlechterung der*

Betreuung und Beratung dieser Mädchen und Frauen und damit zu einer Zunahme von Schwangerschaftsabbrüchen führen wird", erklärte der Präsident des Berufsverbandes der Frauenärzte, Christian Albring. Dabei geben sie an, dass ein „gut funktionierendes Beratungssystem zerstört“ würde.

Aus Sicht einer pro familia-Beratungsstelle stellt sich dies anders dar. Jede Woche kommen mehrere Mädchen und Frauen in die Beratungsstelle in Mainz, um ein Rezept für die Pille danach zu bekommen. Sie werden in der Regel von GynäkologInnen zur pro familia geschickt, weil sie dort keine Patientinnen sind oder die ÄrztInnen die Notfallverhütung moralisch ablehnen. Dieses Weiterverweisen ist bis auf wenige Ausnahmen engagierter Frauen- und HausärztInnen gängige Praxis. Viele Studentinnen oder Frauen mit Migrationshintergrund haben jedoch noch keinen Frauenarzt/keine Frauenärztin vor Ort. Natürlich sind sie in unserer ärztlichen Sprechstunde willkommen. Problematisch wird es, wenn abends keine Ärztin mehr in der Beratungsstelle ist und die Frauen weitere Zeit verlieren, weil sie einen ärztlichen Notdienst aufsuchen müssen. Dort treffen sie dann oft auf ÄrztInnen, deren Fachrichtung nicht die Gynäkologie ist und die sie eben nicht entsprechend beraten können.

Über den Vorschlag des Bundesrats muss nun die neue Bundesregierung entscheiden. Ein Sprecher des zuständigen Gesundheitsministeriums kündigte an, dass man sich am 14. Januar 2014 mit der Frage befassen werde.

Quellen: tagesschau.de, Allgemeine Zeitung vom 12.11.2013

Nachlese: Gipfeltreffen der Medizinischen Zentren



Jedes Jahr treffen sich die interdisziplinären Teams der Medizinischen Zentren der pro familia Bremen, Mainz, Rüsselsheim und Saarbrücken und des Familienplanungszentrums Balance Berlin reihum zum »Gipfel« – dieses Jahr vom 7. bis 9. November in Berlin. ÄrztInnen, Krankenschwestern und GeschäftsführerInnen tauschen sich über aktuelle medizinische, psychologische, rechtliche und gesellschaftliche Aspekte des Schwanger-

schaftsabbruchs aus, überprüfen die bestehende Praxis und verabreden gemeinsam Weiterentwicklungen. Ein aktuelles Thema wird in einer Fortbildung vertieft.

Tabuisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Abtreibungsgegner



Als Fortbildungsthema hatten sich die MitarbeiterInnen der Medizinischen Zentren die zunehmende Tabuisierung des Schwangerschaftsabbruchs in Deutschland ausgesucht.

Ulrike Busch, Professorin für Soziale Arbeit an der Hochschule Merseburg, hielt den Vortrag:

„Reproduktive Rechte im Kontext der Debatten um Abtreibung“, der von allen TeilnehmerInnen als äußerst spannend und beeindruckend erlebt wurde. Ulrike Busch beleuchtete die Gründe für die Zunahme der Aktivitäten von Abtreibungsgegnern aus verschiedenen wissenschaftlichen Perspektiven und machte Vorschläge für den Umgang mit ihnen.

Nach ihrer Analyse ist der gesellschaftliche Nährboden für die aktuellen Aktivitäten der Abtreibungsgegner eine Koalition des Patriarchats, der Kirchen und der Konservativen. Diese Koalition setzt das Lebensrecht eines Embryos wegen seiner Schutzbedürftigkeit über die Rechte von Frauen auf Selbstbestimmung und Gesundheit. Wer Verfügungsrecht über das Leben hat ist heute – auch in unserer Rechtsprechung – von christlichen Vorstellungen geprägt. War es in der römischen Gesellschaft der Herr des Hauses, der über das Weiterleben von Neugeborenen entschied, ist dies seit dem Aufkommen des Christentums allein die Sache Gottes. Die »Frucht« wird als Teil des Körpers der Mutter gesehen und eine Abtreibung ist ab dem Zeitpunkt der Beseelung Sünde. Anfangs ging man von einer schrittweisen Beseelung aus, seit dem 18. Jahrhundert herrscht jedoch die Vorstellung der simultanen Beseelung mit der Befruchtung. Ein Schwangerschaftsabbruch ist daher in diesem Denksystem zu jedem Zeitpunkt Mord.



© dpa

Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts über den Schwangerschaftsabbruch (1974 und 1993) gehen von dieser Vorstellung aus: Der Lebensschutz der Leibesfrucht hat Vorrang vor dem

Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren. Dies darf wegen der Simultanbeseelung auch nicht für eine bestimmte Frist in Frage gestellt werden. Den Tötungsvorwurf, der sich daraus ergibt, haben die meisten Menschen in ihr Bewusstsein übernommen. »Gute Menschen« müssen gegen die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs sein.

Menschen denen diese Polarisierung zu einfach ist, geraten unweigerlich in ein Spannungsfeld verschiedener Konflikte, die der französische Soziologe Luc Boltanski in seiner differenzierten Analyse des Schwangerschaftsabbruchs untersucht. (*Soziologie der Abtreibung, Suhrkamp 2007*) Beispiele dieser Konflikte sind der Fötus zwischen Existenz und Nichtexistenz, die schwangere Frau zwischen Annahme und Nichtannahme oder die Gesellschaft zwischen Legitimation und Verbot der Abtreibung. Boltanski hält diese Konflikte grundsätzlich für nicht auflösbar sondern nur für entscheidbar. Dies setzt jedoch die Anerkennung der Konflikte und der damit einhergehenden Spannung voraus und eine Haltung, in der Spannung und Ambivalenzen sein dürfen und nicht alles möglichst sofort und endgültig auf schwarz oder weiß hinauslaufen muss.



© sexuelle.selbstbestimmung

Ulrike Busch spricht sich dafür aus, die Abtreibungsgegner, die zunehmend jünger und zahlreicher werden, ernst zu nehmen. Es handelt sich bei ihnen auch in Deutschland nicht mehr nur um kleine Gruppen seltsamer ältere Männer, denen man am besten keine Aufmerksamkeit ermöglicht. Die Basis der heutigen Abtreibungsgegner ist eine Wiederbelebung der Religion mit einer fundamentalistischen Ausrichtung. Auf individueller Ebene ist der Kampf gegen Abtreibung eine Form, in einer globalen Welt die eigenen Sehnsüchte nach dem »Guten und Wahren« zu befriedigen. Die Abtreibungsgegner greifen moralische Fragen der Zeit auf (PID, Stammzellenforschung usw.) und definieren sie mit ihren Begriffen wie »Lebensschutz« oder »Tötung«. Sie wirken damit erfolgreich in die Politik hinein und beeinflussen gesetzliche Regelungen und die Bewilligung von Geldern für die Forschung. Ein Beispiel dafür ist die europäische Lebensschutzbewegung »Einer von uns« (www.1-von-uns.de), die verhindern will, dass EU-

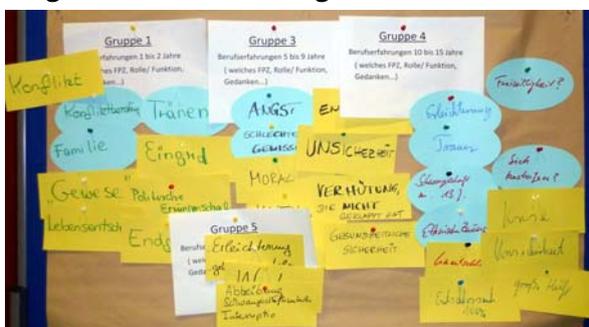
Gelder für die Forschung mit Embryonen ausgegeben werden und die sich vehement gegen den »Bericht für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte« der portugiesischen Sozialistin Estrela durch das EU-Parlament eingesetzt hat. Der Bericht empfahl u.a. einen sicheren und legalen Zugang zum Schwangerschaftsabbruch und eine altersgerechte Sexualkunde mit Informationen über sexuell übertragbare Infektionen und die nicht diskriminierende Thematisierung von Homo- und Intersexualität. Abtreibungsgegner und Konservative warfen den Befürwortern vor, Abtreibungen, Homosexualität und einen „Sexualerziehungszwang für Kleinstkinder“ zu befürworten. Die CDU-Landesvorsitzende Julia Klöckner ist eine der prominentesten deutschen UnterstützerInnen von »Einer von uns«.



© sexuelle.selbstbestimmung

In Berlin ist es gelungen, den jährlich größer werdenden »Märschen für das Leben« der Abtreibungsgegner, zu denen inzwischen auch viele TeilnehmerInnen aus dem Ausland kommen, ein breites Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung entgegen zu setzen. Das Bündnis setzt sich unter anderem dafür ein, dass Mädchen und Frauen das Recht auf Selbstbestimmung über ihr eigenes Leben und ihren eigenen Körper als Menschenrecht zusteht. www.sexuelle-selbstbestimmung.de

Folgen der Tabuisierung



In Arbeitsgruppen beschäftigen sich die TeilnehmerInnen des Gipfel anschließend mit den psychischen Folgen eines Schwangerschaftsabbruchs und seiner individuellen Verarbeitung unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, mit den Gründen für und den Präventionsmöglichkeiten

von mehrfachen Schwangerschaftsabbrüchen und den Auswirkungen der Tabuisierung auf die Arbeit in den Medizinischen Zentren und auf ÄrztInnen in der Schwangerschaftsabbruchsversorgung.

Frau und Herr Dr. Sommer: Sexpäd-Team im Radio



Stefanie Jentsch und Volker Axenköpf werden ab 2014 einmal im Monat von Antenne Mainz (106,6 MHz) zu Liebe, Sexualität und Partnerschaft interviewt. Thema der Pilotsendung im November war Sexting – das Verbreiten eigener erotischer Fotos über Handy und soziale Netzwerke und die oft unangenehmen Folgen.

Auf unser Facebook-Seite werden Themen und Sendetermine rechtzeitig angekündigt und es gibt weitere Infos zum Nachlesen und -schauen: www.facebook.com/profamainz

Neue Broschüre: Schwangerschaft und Geburt



Ende 2013 erscheint die neue Broschüre mit allen wichtigen Informationen, Adressen und Links rund um Schwangerschaft und Geburt. Schwangere Frauen und werdende Eltern können sich informieren, wie ihre rechtlichen Ansprüche sind, wo sie, wann, welchen

Antrag stellen müssen und auf welcher Webseite sie die Formulare herunterladen können.

Rundbrief abbestellen:

Wir hoffen sehr, dass Sie sich über unsere Nachrichten freuen. Sollte dies nicht so sein, nehmen wir Ihre E-Mail-Adresse selbstverständlich aus unserem Verteiler:

mainz@profamilia.de oder 06131-2876614